



NABU 10108 Berlin

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit
Herrn Peter Altmaier

11055 Berlin

Berlin, 23. Juli 2013

Langfristige Ressourcenschonungspolitik formulieren und realisieren

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die unterzeichnenden Organisationen begrüßen, dass Sie sich im Rahmen der Europäischen Ressourceneffizienz-Plattform (EREPA) persönlich für eine zukunftsfähige europäische Ressourcenschutzpolitik einsetzen. Die „Short Term Policy Recommendations“ der EREPA und die ressourcenpolitische Agenda des 7. UAP zeigen in die richtige Richtung. Angesichts der erheblichen Übernutzung natürlicher Ressourcen reichen die darin enthaltenen Maßnahmen aber noch nicht aus.

Die unterzeichnenden Organisationen bitten Sie daher, sich dafür einzusetzen, dass die im Anhang aufgeführten zentralen Punkte mit Blick auf die für 2014 geplanten „Long Term Policy Recommendations“ der EREPA sowie hinsichtlich des Mid-Term-Review der Europa 2020-Strategie ergänzt und in verbindliche legislative Prozesse übertragen werden.

Aufgrund Ihres bisherigen Engagements sind wir sicher, dass Sie sich zu den aufgeführten Punkten und in den jeweils von uns benannten Politikprozessen in der Bundesregierung, im Ministerrat und der EREPA konsequent einbringen werden. Wir bedanken uns schon jetzt für Ihren Einsatz.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Hartmut Vogtmann
DNR-Präsident

Damian Ludewig
FÖS, Geschäftsführer

Clemens Stroetmann
Stiftung Initiative Mehrweg, Geschäftsführer

Dr. Stefan Müssig
bfub, Vorstandsvorsitzender

gez. M. Bender
Grüne Liga, Leiter der Bundeskontaktstelle Wasser

Peter Fuchs
Power-Shift, Geschäftsführender Vorstand

Christoph Heinrich
WWF, Geschäftsleiter Naturschutz

Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender des BUND

Stefan Ebelt
ReUse-Computer, Vorsitzender

Olaf Tschimpke
NABU-Präsident

ANHANG:

ZENTRALE FORDERUNGEN AN EINE LANGFRISTIGE RESSOURCENSCHONUNGSPOLITIK

1. Verbindliches Ziel zur Senkung des absoluten Ressourcenverbrauchs einführen

Politische Prozesse: Mid-Term-Review der Europa 2020-Strategie, Fortschreibung von ProgRes

Angesichts der Überschreitung planetarer Grenzen muss der absolute Ressourcenverbrauch erheblich reduziert werden. Ziele zur Steigerung der Ressourcenproduktivität reichen als alleiniger Maßstab nicht aus und sind von zu geringer ökologischer Aussagekraft, insbesondere wenn das BIP steigt. Ökologisch konsequent wäre eine Absenkung des Ressourcenverbrauchs bis 2050 auf die Hälfte des weltweiten Ressourcenverbrauchs des Jahres 2000.¹ Dies würde einem Pro-Kopf-Verbrauch von ca. 6 Tonnen TMC oder 3 Tonnen RMC in der EU entsprechen.² Die Tatsache, dass ein solches Niveau unterhalb des heute technisch machbaren Niveaus in vielen Entwicklungsländern liegt, zeigt, wie groß die Herausforderung ist. Daher darf sich Politik in der EU und in Deutschland nicht mehr mit der Frage aufhalten, *ob* ein absolutes Reduktionsziel erforderlich ist. Stattdessen fordern wir Sie auf, sich konsequent *für verbindliche, absolute Reduktionsziele in der erforderlichen Höhe* einzusetzen. Diese Ziele müssen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft festgelegt und Fortschritte müssen kontinuierlich überprüft werden.

2. RMC als Leitindikator einführen und mittelfristig durch TMC ergänzen

Politische Prozesse: Long Term Policy Recommendations der EREP, Fortschreibung von ProgRes

Der Indikator Raw Material Consumption (RMC) stellt einen ökologisch aussagekräftigen Anhaltspunkt für politische Richtungsentscheidungen dar und sollte daher als Leitindikator eingeführt werden. Wir betrachten verbindliche, absolute Reduktionsziele auf RMC-Basis als zentrale Grundlage einer verlässlichen, langfristig ausgerichteten Ressourcenpolitik. Der Aspekt der ungenutzten Entnahme, der mit Blick auf weiträumige Landschaftszerstörung hoch relevant ist, kann jedoch nur durch den Indikator Total Material Consumption (TMC) abgebildet werden. Daher fordern wir Sie auf, sich im Rahmen der EREP dafür einzusetzen, dass ein unverzichtbares RMC-Ziel mittelfristig durch ein TMC-Ziel ergänzt wird und vor allem die dafür notwendige statistische Datenbasis verbessert wird.³

3. EU-Indicator-Scoreboard um Ziele ergänzen

Politische Prozesse: EU-Richtlinien bzw. Verordnungen für verbindliche Ziele, Europäisches Semester

Da der Indikator RMC nicht alle Ressourcenverbräuche abbildet, müssen Land-, Wasser- und CO₂-Fußabdruck parallel kommuniziert werden. Darüber hinaus können nur essentielle themenspezifische

¹ Bringezu, Stefan; Schütz, Helmut (2013): Ziele und Indikatoren für die Umsetzung von ProgRes. PolRes AP1. Arbeitspapier AS 1.2/1.3. Wuppertal.

² Zum Vergleich: Der Ressourcenverbrauch lag in Deutschland im Jahr 2008 bei 47t TMC / Kopf. Der RMC betrug im Jahr 2010 in Deutschland 22 t / Kopf (Bringezu/Schütz 2013).

³ Hier sollte ein Dialogprozess zwischen Fachverwaltung, Statistikbehörden und Forschungsinstituten in Gang gebracht werden mit dem Ziel, eine methodische Harmonisierung von TMC und RMC zu erreichen. Insbesondere muss durch den Abzug der ungenutzten Entnahme vom TMC unmittelbar der RMC errechnet werden können. Auf diese Weise kann ein RMC-Ziel mittelfristig ohne umfangreiche neue politische Verhandlungen durch ein TMC-Ziel ergänzt werden.

Indikatoren – z.B. Anteil von Ressourcensteuern, Biodiversitäts-, Konsum- und Recyclingindikatoren – handlungsanleitende Signale für konkrete politische Maßnahmen geben.

Wir fordern Sie mit Nachdruck auf, sich für verbindliche Ressourcenschonungs-Ziele für *alle* Indikatoren des Indicator Scoreboards einzusetzen: sowohl für den Leitindikator als auch für die Dashboard- und themenspezifischen Indikatoren. Ohne verbindliche Ziele werden erhobene Daten keine politische Wirkung erzielen. Die Fortschritte müssen im Rahmen des europäischen Semesters einem kontinuierlichen Monitoring unterzogen werden. Die Mitgliedstaaten müssen die notwendigen finanziellen und personellen Kapazitäten zur Erhebung der Daten bereitstellen – ebenso wie dies bei der Erhebung ökonomischer Daten Usus ist.⁴

4. Entwicklung eines Wohlfahrtsindikators auf EU-Ebene vorantreiben

Politische Prozesse: Long Term Policy Recommendations der EREP und Review der Europa 2020-Strategie

In der EU und ihren Mitgliedstaaten müssen Lebensqualität, Ressourceninanspruchnahme und die wirtschaftliche Entwicklung gleichrangig und integriert bewertet werden. Die Ergänzung des BIP durch einen Wohlfahrtsindikator („Beyond GDP“) eröffnet die Möglichkeit, dies auch öffentlichkeitswirksam zu kommunizieren. Die Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ des 17. Deutschen Bundestags hat hierzu wichtige Vorarbeiten geleistet. Wir bitten Sie, sich für die ergebnisorientierte Fortsetzung der Debatte auf EU-Ebene einzusetzen. Insbesondere im Review der Europa 2020-Strategie und in den Long Term Policy Recommendations der EREP müssen hierzu die Weichen gestellt werden. Für die Abbildung der ökologischen Dimension von Wohlfahrt sollte dann der RMC bzw. TMC als Indikator in einem schlanken und gut kommunizierbaren, aggregierten Wohlfahrtsindex herangezogen werden.

5. Abbau umweltschädlicher Subventionen und ökologische Steuerreform verwirklichen

Politische Prozesse: Beschluss des nächsten Regierungsprogramms, Europäisches Semester

Eine wirkungsvolle ökologische Ressourcenpolitik kommt nicht ohne eine entsprechende Steuerpolitik und den Abbau der mehr als 40 Mrd. € umweltschädlichen Subventionen aus. Wir fordern die Bundesregierung auf, nach der Bundestagswahl weitere Schritte einer ökologischen Reform der Steuer- und Finanzpolitik, die die Anreize für ressourcenschonende Produktions- und Konsummuster intensiviert, an die erste Stelle der ressourcenpolitischen Agenda zu setzen. Die durch den Subventionsabbau freigesetzten Finanzmittel können einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Die Anhebung oder Einführung von Energie- und Ressourcensteuern kann im Rahmen einer ökologischen Steuerreform aufkommensneutral gestaltet werden, indem beispielsweise Steuern an anderer Stelle gesenkt werden oder das zusätzliche Aufkommen über andere Wege zur Förderung von ressourcenschonendem Verhalten verwendet wird. Die „Allianz Ressourcenschonung“ hat gezeigt, dass auch Wirtschaftsunternehmen eine aufkommensneutrale, ressourcenpolitische Steuerreform wünschen und fordern.

6. Energie- und Ressourceneffizienz in der Ökodesign-Richtlinie miteinander verzahnen

Politischer Prozess: Review der Ökodesign-Richtlinie

Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, dass in der Ökodesign-Richtlinie Aspekte von Energie- und Ressourceneffizienz integriert betrachtet und gestärkt werden und auf diese Weise eine kohärente Ener-

⁴ Um den Aufwand für die nationalen Statistikämter so gering wie möglich zu halten, sollte Eurostat beauftragt werden, methodischer Leitfäden und Hilfen zu erstellen.

gie- und Ressourcenpolitik realisiert wird. So sollten beim für 2015 geplanten Review der Ökodesign-Richtlinie insbesondere die Aspekte von Zerlegbarkeit, Reparierbarkeit, Verwendungsquoten von Recyclat, Materialanspruchnahme und Langlebigkeit integriert werden. Als erster Schritt sollten Hersteller zur Veröffentlichung von Informationen über die genannten Aspekte verpflichtet werden. Um langlebige Produkte zu stärken, muss außerdem die Gewährleistungsfrist auf drei Jahre erhöht werden.

7. Grüne öffentliche Beschaffung realisieren

Politischer Prozess: Review der Public Procurement Directive

Wir begrüßen die Empfehlung der EREP, durch ein Monitoring sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten das Ziel von 50% grüner öffentlicher Beschaffung bis 2020 erreichen. Fortschrittliche Mitgliedstaaten wie z.B. Deutschland müssen als Vorreiter das Ziel einer 100-prozentigen grünen öffentlichen Beschaffung bis 2020 einführen. Wir bitten Sie, sich beim aktuellen Review der Public Procurement Directive dafür einzusetzen, dass statt der Einkaufspreise die Lebenszykluskosten zum *entscheidenden* Vergabekriterium werden. Um dies umzusetzen, müssen Hersteller dazu verpflichtet werden, Lebenszykluskosten ihrer Produkte anzugeben – bezogen auf bestimmte Zeiteinheiten wie z.B. pro Jahr.

8. Ökologische Produktkennzeichnung standardisieren und verbindlich einführen

Politische Prozesse: Kommissions-Initiative „Unlocking the Single Market for Green Products“; Ratschlussfolgerungen hierzu

Wir begrüßen, dass im Rahmen der Kommissions-Initiative „Unlocking the Single Market for Green Products“ Footprint Category Rules für Organisationen und Produkte entwickelt werden und dabei auf die Methodik von Umweltproduktdeklarationen zurückgegriffen wird. Wir betrachten es als unverzichtbar, am Ende der Pilotphase die Footprint Category Rules als verbindlichen Standard für *alle* Umweltclaims von Unternehmen und Produkte festzulegen. Nur auf diese Weise wird ein Greenwashing durch immer neue unternehmenseigene Nachhaltigkeitslabel unterbunden und die Unfair Commercial Practices Directive gestärkt. Darüber hinaus bitten wir Sie, sich im Umweltministerrat für die Integration von Sachbilanzindikatoren (Kumulierter Rohstoffaufwand, Kumulierter Energieaufwand) in die dreijährige Pilotphase einzusetzen, da nur diese die Ressourcenverbräuche entlang der gesamten Wertschöpfungskette abbilden.

Mittelfristig betrachten wir es als einen unverzichtbaren Schritt nach vorne, Hersteller zur Kommunikation der ökologischen Rucksäcke ihrer Produkte zu *verpflichten*. Dies stellt einen äußerst wirkungsvollen Hebel für nachhaltige Beschaffung im B2B-Bereich und für die Stärkung nachhaltiger und transparenter Wertschöpfungsketten dar.